

Liebe Mitstreiter und Mitstreiterinnen,

es steht diese Woche auch im Spiegel: Im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums wurde ein Gutachten „Grundlagenermittlung für ein Luftverkehrskonzept der Bundesregierung“ erstellt; auf Grundlage dieses Gutachtens will das Ministerium ein Luftverkehrskonzept der Bundesregierung erarbeiten. Ich zitiere „Ziel des Luftverkehrskonzepts, das die Bundesregierung derzeit erarbeitet, ist die Stärkung des Luftverkehrsstandorts Deutschland.“

Stärkung des Luftverkehrsstandorts – das heißt vor allem, dass der Luftverkehr wachsen soll. Zumindest soll er so wachsen wie in den letzten Jahren – Passagierzahl +3%. Aber eigentlich will man, dass er zumindest so wächst wie der Weltluftverkehr – also mit 4% p.a.. Bzw. noch stärker.

Um das zu erreichen, werden insgesamt 20 Maßnahmen vorgeschlagen. Darunter viele Maßnahmen, die die Fluggesellschaften entlasten sollen. Unter anderem die Abschaffung der Luftverkehrssteuer und die Übernahme der Sicherheitskosten durch den Staat. Eine Reduzierung von Betriebszeiten – Nachtflugverbote - wird rundheraus abgelehnt. Passagierrechte sollen eingeschränkt werden. Auch um den Lärmschutz bemüht man sich; man will satellitengestützte Flugverfahren unterstützen – soweit sie nicht kapazitätsmindernd wirken – und die Forschung vorantreiben.

Klare Botschaft ist auch, dass die Hubs noch stärker wachsen sollen als die anderen Flughäfen. Auch dazu hat schlägt man eine Reihe von Maßnahmen vor. So sollen für große Flughäfen künftig die Flughafenentgelte nicht mehr von Landesbehörden, sondern von der Bundesnetzagentur genehmigt werden. Und dieser Vorschlag ist mit dem Unterton unterlegt, dass die Entgelte sinken sollen. Die Flugsicherungsgebühren sollen künftig standortspezifisch ermittelt und erhoben werden; an großen Flughäfen sollen sie sinken. Eigentlich will

man die Konnektivität verbessern und den Luftverkehr liberalisieren – dies gilt allerdings nicht für die Golf-Airlines. Statt ihnen den Ausbau des Netzes über die bisherigen vertraglich vereinbarten 4 Flughäfen hinaus zu ermöglichen, will man weiterhin möglichst viel Verkehr über Frankfurt führen.

Man setzt sich mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Luftverkehrs auseinander, aber nicht differenziert nach Originär- und Umsteigeverkehr. Die volkswirtschaftlichen Kosten des Lärms – Krankheit, Pflege, Produktionsausfall - werden angesprochen, aber nicht quantifiziert, und auch die naheliegenden Konsequenzen werden nicht gezogen.

Beim Lesen des Gutachtens wird es einem gruselig. Ich kenne kein anderes Politikfeld, in dem so rücksichtslos aus privatwirtschaftlichen Interesse Grundrechte von Bürgern mit den Füßen getreten werden. Aus den Ergebnissen der Norah-Studie muss man den Schluss ziehen, dass im Rhein-Main-Gebiet mehr Menschen vorzeitig an fluglärmbedingten Erkrankungen sterben als im Straßenverkehr; daraus ergibt sich zwingend, dass der Flugverkehr reduziert werden und nachts ganz unterbunden werden muss.

Statt dessen will man den Luftverkehr pushen. Eine Branche, die nicht gerade die Stütze unseres Wohlstands ist. Warum soll der Luftverkehr stärker wachsen als die Wirtschaft insgesamt? Wäre es nicht sinnvoller, die Entwicklung unserer Industrie, die in besonderem Maße zu unserem Wohlstand beiträgt, stärker zu fördern; z.B. auch durch mehr Investitionen in Bildung? Oder auch den Umweltschutz, der ganz maßgeblich zu unserer Lebensqualität beiträgt? Welchen Sinn macht es eigentlich, den Verkehr zwischen Drittländern besonders zu fördern? Wäre es nicht mehr als vernünftig, den Luftverkehr auf das für uns unbedingt erforderliche Maß zu beschränken?

Wir möchten warnen: Jeder Politiker, der ein Luftverkehrskonzept auf Grundlage dieses Gutachtens unterstützt, wird sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen müssen, mangelnden Respekt vor menschlichem Leben zu haben. Ein solches Luftverkehrskonzept muss auf unseren erbitterten

Widerstand stoßen. Ich wünsche mir und erwarte auch, dass es bei Vorlage des endgültigen Entwurfs hier im Terminal eine gewaltige Demonstration gibt, die alle bisher hier stattgefundenen Demonstrationen in den Schatten stellt. Damit klar und deutlich wird, dass unsere Forderungen nach einem Verzicht auf einen weiteren Ausbau, eine Reduzierung der Flugbewegungszahlen, ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr, die Schaffung von einklagbaren Grenzen der Belastung, die verursachergerechte Zuordnung aller – auch der externen- Kosten auf die Luftverkehrsindustrie, der Stopp der Subventionen und eine Schließung der Nordbahn eine breite Unterstützung genießen. Wir wollen hier gesund im Wohlstand leben und nicht Sonderopfer eines monströsen Wachstumswahns sein. Hoffentlich setzt sich die Vernunft durch. Die Bahn muss weg.